

28.05.2019

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.11)

Herr Bürgermeister Dr. Tschentscher trägt den Inhalt der Neufassung der Drucksache Nr. 2019/1321, betreffend

Gemeinsame Kabinettsitzung des Senats der Freien und Hansestadt
Hamburg und der Landesregierung Schleswig-Holstein am 4. Juni
2019,

vor und weist daraufhin, dass die Neufassung der Drucksache noch einer redaktionellen Überarbeitung bedarf.

Der Senat nimmt Kenntnis und stimmt den mit der Neufassung der Drucksache vorgelegten Beschlussvorschlägen für die Gemeinsame Kabinettsitzung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein mit der Maßgabe zu, dass der Präsident des Senats ermächtigt wird die Drucksache mit den Beschlussvorlagen noch redaktionell zu überarbeiten.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann



Eing.: 24. MAI 2019

Berichterstattung:
Bürgermeister Dr. Tschentscher
Staatsrat Pörksen

TOP I. 11

Vorblatt zur
Neufassung
Senatsdrucksache
Nr. 2019/01321
vom: 24.05.2019

**Gemeinsame Kabinettsitzung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg
und der Landesregierung Schleswig-Holstein am 4. Juni 2019**

Änderung in der Neufassung:

Bei TOP 4 (Zusammenarbeit im Bereich Verkehr), Punkt 2 (Sachverhalt), Darstellung
zu Schienenprojekt S 4 Ost: Ergänzung eines neuen letzten Absatzes.

A. Zielsetzung

Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein.

B. Lösung

Durchführung einer gemeinsamen Sitzung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und der Landesregierung Schleswig-Holstein am 4. Juni 2019 in Lübeck. Durch gemeinsame Beschlüsse zur künftigen Zusammenarbeit in den Themenbereichen Digitalisierung, Landesplanung, Energie und Verkehr soll die bilaterale Kooperation intensiviert werden.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Durch diese Drucksache keine. In der Folge können durch gesonderte Beschlüsse Kosten entstehen, die derzeit aber nicht abschätzbar sind.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Durch diese Drucksache keine. Da in der Folge mögliche Mehrbedarfe grundsätzlich im Rahmen der Bewirtschaftung aufzufangen sind, ergibt sich keine Veränderung der Vermögenslage.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Inklusion
- Bürokratieabbau
- Gleichstellung

G. Alternativen

Im Rahmen der Zielsetzung keine.

H. Anlagen